



# HESSISCHER LANDTAG

26. 04. 2018

ULA

## **Dringlicher Berichts Antrag der Abg. Schott (DIE LINKE) und Fraktion**

### **betreffend Marburger Rohstoffverwertung Johannes Völker GmbH: Fortgang des Gerichtsverfahrens**

Nach Beschwerden ab 1991 durch Anlieger der Marburger Rohstoffverwertung Johannes Völker GmbH (MRV) über den Austritt wahrscheinlich ungereinigter gesundheitsgefährlicher Emissionen erließ das Regierungspräsidium Gießen im Dezember 2013 eine Sanierungsanordnung. Weil die Firma die Sanierungsanordnung nicht umsetzte, sondern beklagte und das Verfahren über Jahre stockte, hat die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag im Juni 2016 in dieser Sache einen Berichts Antrag an die Landesregierung gerichtet (betreffend Marburger Rohstoffverwertung Johannes Völker GmbH: Austritt wahrscheinlich ungereinigter und gesundheitsgefährlicher Emissionen; Drucks. 19/3458)

Die Landesregierung wird ersucht (jetzt, zwei Jahre später) im Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ULA) Auskunft über den Fortgang des Verfahrens zu geben.

1. Weil sich die MRV nicht bereit zeigte, über die Maßnahmen zur Verminderung des Schadstoffausstoßes aus 2013 zu verhandeln, zeigte das Regierungspräsidium Gießen dem Verwaltungsgericht Gießen am 26.09.2016 das Ende der Mediation an.
  - a) Wann hat das Mediationsverfahren begonnen, wie lange hat es gedauert und wie viele Treffen gab es im Rahmen der Mediation?
  - b) Wie war der Fortgang des Verfahrens nach der Aufkündigung der Mediation durch das Regierungspräsidium Gießen?
  - c) Wie viele Verhandlungstermine im Verfahren gab es seit der Aufkündigung der Mediation durch das Regierungspräsidium Gießen?
  - d) Wie lange hat das Verfahren bis dato gedauert und wann rechnet das Umweltministerium mit einem Abschluss des Verfahrens?
2. Nach Auskunft der Bürgerinitiative "Windrose" e.V. erhalten Vertreter der Bürgerinitiative keine Auskünfte über den Fortgang des laufenden Verfahrens der Marburger Rohstoffverwertung Johannes Völker GmbH (MRV) gegen das Regierungspräsidium Gießen. Der zuständige Richter der 1. Kammer des Verwaltungsgerichtes Gießen, Herr B., habe Vertretern der Bürgerinitiative ausrichten lassen, dass es keine Informationen für die Bürgerinitiative gäbe, da sie nicht beigeladen sei.
  - a) Wird sich die Hessische Umweltministerin dafür einsetzen, dass Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative "Windrose" als beigeladene Zuhörer an dem Verfahren der Marburger Rohstoffverwertung Johannes Völker GmbH (MRV) gegen das Regierungspräsidium Gießen teilnehmen können?
  - b) Wenn ja: In welcher Weise und bei wem wird sich die Hessische Umweltministerin dafür einsetzen, dass Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative "Windrose" beobachtend an dem Verfahren teilnehmen können?
  - c) Wenn nein: Aus welchen Gründen verweigert die Hessische Umweltministerin Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative "Windrose" die Unterstützung?

Wiesbaden, 26. April 2018

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Wissler****Schott**